

Der „Geisterstrom“ offenbart den Irrsinn der Energiewende

Stand: 08.08.2019 | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Im ersten Quartal haben Windkraft-Betreiber Hunderte Millionen Euro für Strom erhalten, der nie produziert wurde. Denn für den Abtransport des Ökostroms fehlen die Netze. Die Rechnung zahlt der Verbraucher.

Wenn Klimaaktivisten behaupten, die Bundesregierung tue praktisch nichts für den Klimaschutz, dann ist das nicht richtig: Zum Beispiel erfreut sich die Windkraftbranche eines in der Wirtschaft überaus seltenen politischen Privilegs: Sie wird auch dann noch bezahlt, wenn sie nichts produziert.

Im ersten Quartal dieses Jahres erreichte die Entschädigung fürs Nichtstun einen neuen Rekordwert. Wie der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mitteilt, wurden von Januar bis März 3,23 Milliarden Kilowattstunden Windstrom

[\(/wirtschaft/plus195495185/Windkraft-Die-Windkraft-an-Land-geraet-an-ihre-Grenzen.html\)](http://wirtschaft.plus195495185/Windkraft-Die-Windkraft-an-Land-geraet-an-ihre-Grenzen.html) zwangsweise „abgeregelt“ – mehr als je zuvor. Geld bekamen die Betreiber trotzdem.

Dass so viele Rotoren aus dem Wind gedreht und zum Nichtstun verdonnert wurden, diente der Blackout-Vermeidung. „Für die Netzbetreiber ist die Abregelung von Energie – das sogenannte Einspeisemanagement – die letzte zu wählende Maßnahme, um das Netz zu stabilisieren“, erklärte der Energieverband. Zum besonders windigen Jahresstart 2019 wurde einfach viel mehr Ökostrom produziert, als die Leitungen aufnehmen konnten.

Weil die Politik die Verantwortung für den ungenügenden Leitungsbau übernimmt, erhalten die Windmüller eine Entschädigung für jede nicht produzierte Kilowattstunde. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gewährt den Betreibern eine Entschädigung in Höhe von 95 Prozent der entgangenen Einnahmen. Übersteigen die entgangenen Einnahmen ein Prozent der gesamten Einnahmen des Jahres, werden von da an 100 Prozent entschädigt. Abgebucht wird das Geld mit der Stromrechnung direkt bei den Verbrauchern.

Die Ausgaben der Verbraucher für den nicht produzierten Geisterstrom betrugen allein im ersten Quartal 364 Millionen Euro. Ein Jahr zuvor waren es noch 228 Millionen gewesen. Bleibt es bei dieser Steigerungsrate, würde die Quartalsabgabe bereits im nächsten Jahr über der Schwelle von einer halben Milliarde Euro liegen. Allerdings hängt der Grad der Leitungsüberlastung stark von der jeweiligen Windstärke im entsprechenden Zeitraum ab.

100.000 Haushalte ein Jahr lang beheizen

Nach Angaben der Bundesnetzagentur in Bonn werden bereits rund fünf Prozent der deutschen Windstromproduktion abgeregelt. Mit den nicht produzierten 3,2 Milliarden Kilowattstunden „hätte man vieles bewegen können“, rechnet der BDEW mit Bedauern vor: „Rund sechs Millionen E-Autos könnten damit ein Vierteljahr lang fahren.“ Das seien in etwa so viele Pkw, wie derzeit in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammen

sondern genutzt werden kann – zum Beispiel an der privaten Ladesäule oder durch Power-to-Gas-Technologien.“

Tatsächlich hatte die Bundesregierung erst vor Kurzem auf die Lage reagiert. Die Bundesnetzagentur begrenzte die Menge neuer Windkraftanlagen, die im sogenannten Netzausbauggebiet, das Niedersachsen und Schleswig-Holstein umfasst, gebaut werden dürfen. Von 2020 an sollen in den Küstenländern an der Nordsee pro Jahr nur noch Ausschreibungen für Windräder an Land mit einer Leistung von insgesamt 786 Megawatt Strom zugelassen werden.

„Wir rennen sehenden Auges vor die Wand“

Doch die geplante Begrenzung des Ausbaus von Windkraftanlagen stieß beim niedersächsischen Umweltminister Olaf Lies (SPD) auf Unverständnis: „Es ist das Gegenteil dessen, was wir brauchen. Die Pläne sind eine handfeste Anleitung, die Klimaziele von 2030 zu reißen“, sagte Lies der „Neuen Osnabrücker Zeitung“

„Wir rennen sehenden Auges vor die Wand“, sagte Lies mit Blick auf das Ziel der Bundesregierung, den Ökostrom-Anteil an der Elektrizitätsversorgung von derzeit rund 40

auf 65 Prozent im Jahre 2030 zu steigern. Zudem war der Neubau von Windkraftanlagen im ersten Halbjahr 2019 nahezu zum Erliegen gekommen: Unter dem Strich kamen in ganz Deutschland nur noch 35 Anlagen neu hinzu.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte zwar den Stromnetzausbau zur Chefsache gemacht. Auch lud er jüngst zu einem „Windgipfel“ ein, um die Probleme der Branche zu besprechen. Lies hält das jedoch für unnötig: „Wir brauchen keinen neuen Altmaier-Krisengipfel. Wir kennen alle Probleme. Wir kennen auch alle Lösungen. Wir müssen nur handeln.“

Auch Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) kritisierte die Ausbaugrenze für Windkraft als „das falsche Signal“. Die Bundesregierung solle sich vielmehr Gedanken machen, wie sie ihre klimapolitischen Ziele erreichen wolle, „anstatt sich neue Hemmnisse für den Ausbau der Windenergie auszudenken“.



WIRTSCHAFT

**Lesen Sie alles Wichtige rund um
Wirtschaft – im täglichen Newsletter der
WELT.**

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/198195361>